

## DAe der öffentlichen GR-Sitzung vom 18.01.2018

Fraktion	Betreff des DAes
KPÖ	Gleichbehandlung von Herzinfarkt-PatientInnen <i>Dringlichkeit und Antrag einstimmig ANGENOMMEN</i>
Grüne	Planungen der Stadt Graz zum Gedenkjahr 2018 <i>Dringlichkeit ABGELEHNT (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Neos)</i>
Grüne	Dringende Aktualisierung des Emissionskataster Graz 2001 <i>Dringlichkeit einstimmig ANGENOMMEN, Abänderungsantrag mit Mehrheit ANGENOMMEN (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Neos)</i>
SPÖ	Eislaufplatz für den Grazer Westen <i>Dringlichkeit einstimmig ANGENOMMEN, Zusatzantrag einstimmig ANGENOMMEN</i>
Neos	Supercomputer für Grazer Wissenschaft und Wirtschaft <i>Dringlichkeit und Antrag mit Mehrheit ANGENOMMEN (gegen KPÖ)</i>



**KPÖ-Gemeinderatsklub**  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150  
+ 43 (0) 316 – 872 2151  
+ 43 (0) 316 – 872 2152  
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderätin Elke Heinrichs**

Donnerstag, 18. Januar 2018

**Antrag zur dringlichen Behandlung**  
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Betrifft: Gleichbehandlung von Herzinfarkt-PatientInnen**

Im November 2017 berichteten die Medien über die missliche Situation steirischer PensionistInnen, welche nach einem Herzinfarkt einer speziellen ambulanten Reha-Therapie („kardiologische Rehabilitation der Phase III“) bedürfen.

Seit Juli 2017 werden Reha-Anträge des besagten Therapeutikums „Phase III-Rehabilitation“ für Pensionisten und Pensionistinnen nicht mehr von der Steiermärkischen GKK bezahlt. Die GKK bestätigt gleichzeitig, dass Berufstätige die Therapie nach wie vor beanspruchen können, wobei die Kosten dafür von der PVA gedeckt werden.

Die Entscheidung der STGKK die „Phase-III-Reha“ nicht mehr abgelten zu wollen, wird einerseits mit der „Eigenverantwortlichkeit“ der PatientInnen und andererseits mit dem Ergebnis einer Studie, welche der Hauptverband der Sozialversicherungsträger beauftragt hat, begründet. Die Ergebnisse dieser Studie werden allerdings sowohl von ExpertInnen als auch von Stellungnahmen internationaler medizinischer Gesellschaften widerlegt.

Abgesehen davon zahlt beispielsweise die Kärntner GKK lt. Auskunft des Herzverbandes die Phase-III-Reha für HerzinfarktpatientInnen sowohl für Berufstätige als auch für PensionistInnen.

Aus Sicht der Patienten und Patientinnen sowie nach dem Verständnis des Österreichischen Herzverbandes/Landesverband Steiermark kann die Ungleichbehandlung der betroffenen HerzpatientInnen in der Steiermark nicht akzeptiert werden:

Ich fasse zusammen:

**Ein und dieselbe Leistung (Therapeutikum „Phase III Rehab“) wird von der einen Versicherung (PVA) für Berufstätige bezahlt und von der anderen (GKK) für PensionistInnen nicht.**

In einigen Bundesländern, wie beispielsweise in Kärnten, wird die Therapie für PensionistInnen und deren Angehörigen (!) sehr wohl übernommen.

Indem sich sozial schlechter gestellte Menschen die Therapie natürlich nicht leisten können (Zweiklassenmedizin), werden diese auch früher pflegebedürftig sein.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **Antrag zur dringlichen Behandlung**

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Die Stadt Graz tritt auf dem Petitionsweg an die Steiermärkische Gebietskrankenkasse, an die Pensionsversicherungsanstalt sowie an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger mit dem Ersuchen heran, dass die Gleichbehandlung aller REHA-PatientInnen gewährleistet ist und dass die Kosten für die Phase-III-Reha auch für PensionistInnen von der Sozialversicherung übernommen werden.**



## **Dringlicher Antrag der Grünen-ALG**

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 18. Jänner 2018

von

**KO Karl Dreisiebner**

### **Betrifft: Planungen der Stadt Graz Gedenkjahr 2018**

In vergangenen Gemeinderatssitzungen ist bereits einige Male zur Sprache gekommen, dass 2018 in mehrfacher Hinsicht ein Gedenkjahr ist. Vor 100 Jahren endete der 1. Weltkrieg, die Republik Österreich wurde gegründet und das Frauenwahlrecht wurde eingeführt. Im Jahr 2018 soll aber auch an den Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Regime vor 80 Jahren erinnert werden. Nicht zuletzt feiern auch das Revolutionsjahr 1848, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948 und die „68er-Bewegung“ heuer „runde Geburtstage“.

Als Stadt Graz liegt es in unserer Verantwortung, das Gedenkjahr würdig zu begehen, vor allem aber durch eine breite Palette an Veranstaltungen und Projekten die BürgerInnen der Stadt zur dialogischen Auseinandersetzung mit den genannten Ereignissen anzuregen. Leider gibt es bisher wenig konkrete Informationen über die seitens der Stadt Graz geplanten Aktivitäten, obwohl das Gedenkjahr 2018 bereits angebrochen ist. In der Gemeinderatssitzung vom 16.11.2017 kündigte Bürgermeister Nagl an, dass die Stadt „gut auf das Gedenkjahr 2018 vorbereitet“ sein werde. Unklar war zu diesem Zeitpunkt noch, inwieweit die Ergebnisse der HistorikerInnenkommission zu den Benennungen der Grazer Straßen, Plätze und Parks in die Planungen für das Gedenkjahr miteinbezogen werden können. Seitdem haben wir jedoch keine weiteren Informationen zu den Plänen für das Gedenkjahr 2018 erhalten.

Unabhängig von der Diskussion über inhaltliche Detailspekte des Gedenkjahrs erscheint es mir aufgrund des Zeitdrucks dringend geboten, ein erstes Konzept und einen Zeitplan darüber zu erstellen und zu diskutieren, wie sich die Stadt Graz aktiv am Gedenkjahr 2018 beteiligen will.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

### **Dringlichen Antrag**

- 1.) Der Grazer Gemeinderat bekennt sich zu einer aktiven Rolle der Stadt Graz im Gedenkjahr 2018.
- 2.) Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Kulturstadtrat Dr. Günter Riegler werden ersucht, unter Einbeziehung der anderen, mit dem Thema zu befassenden Stadtsenatsmitgliedern ein Konzept inklusive Zeitplan zu den Aktivitäten der Stadt für das Gedenkjahr 2018 zu erarbeiten und dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im Februar 2018 vorzulegen.



## **Dringlicher Antrag**

### **der Grünen-ALG**

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 18. Jänner 2018

von

**GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Andrea Pavlovec-Meixner**

#### **Betrifft: Dringende Aktualisierung des Emissionskataster Graz 2001**

Das Thema Feinstaub ist aufgrund der aktuell wieder hohen Feinstaubwerte sowie der vielen Überschreitungstage im Jahr 2017 mit einem Spitzenwert von 54 Überschreitungstagen in Graz-Don Bosco derzeit wieder in aller Munde. Viele Grazerinnen und Grazer sind angesichts der im Jahr 2017 leider nicht positiven Entwicklung um ihre und die Gesundheit ihrer Kinder besorgt.

Der aktuell gültige Emissionskataster 2001 stellt die Gesamtemissionen für Graz dar, die sich aus der Summe der Einzelemissionen der drei betrachteten Sektoren Verkehr, Hausbrand und Industrie ergeben. Von den im Jahr 2001 insgesamt 311 Tonnen PM10 stammten aus dem Verkehr 154 Tonnen, aus Industrie und Gewerbe 82 Tonnen und aus Hausbrand 72 Tonnen PM. Naturgemäß basiert der Emissionskataster Graz 2001 mittlerweile auf stark veralteten Daten, sie sind immerhin bereits 16 Jahre alt.

Mittlerweile hat sich vieles verändert. Im Jahr 2001 hatte die Stadt Graz als Folge der Suburbanisierung nur mehr rund 225.000 EinwohnerInnen (Quelle: Raumplanung Steiermark). Aufgrund des anhaltend starken Zuzugs zählten wir in Graz vor einem Jahr bereits 286.686 (Stand 01. Jänner 2017) EinwohnerInnen, im Großraum Graz leben heute mehr als 600.000 Menschen.

Auch bei der Grazer Fernwärme, die es seit dem Jahr 1963 gibt, hat sich in den letzten Jahren vieles getan. Von den mehr als 180.000 Grazer Wohnungen wurden bis zum heutigen Tag rund 65.000 Wohneinheiten an die Grazer Fernwärme angeschlossen. Die größte Fernwärmeoffensive hat in den letzten 6-7 Jahren stattgefunden, allein in den Jahren 2010 bis 2016 wurden 22.500 Wohneinheiten auf eine umweltfreundlichere Heizungsform umgestellt.

Nichtsdestotrotz ist der Emissionskataster Graz 2001 bis dato rechtlich gültig, auf der Web Site des Landes Steiermark verfügbar und stellt somit eine der Grundlagen unserer Diskussionen dar, wenn wir überlegen, wie wir die Luftsituation in Graz im Sinne der Gesundheit aller Grazerinnen und Grazer verbessern können. Für unsere Diskussion im Gemeinderat ist es aber sicherlich nicht förderlich, wenn wir mit relativ veralteten Daten arbeiten müssen.

Laut IG-L (Immissionsschutzgesetz – Luft) §9 hat der Landeshauptmann einen Emissionskataster zu erstellen. Aufgrund dieser rechtlichen Basis ist die Stadt Graz auf das Land Steiermark angewiesen und kann selbst leider keinen aktuellen Emissionskataster erstellen. Zwar gibt es für die Steiermark einen „Emissionskataster 2014“, der allerdings bei genauer Durchsicht für die aktuelle Situation in Graz nicht hilfreich ist, da er keine Darstellung der aktuellen Gesamtsituation mit allen Einzelemissionen enthält: Zwar sind aktuelle Daten zu gewerblichen Emissionen und mobilen Maschinen ersichtlich, jedoch sind die Daten in den Verursachersegmenten Verkehr und Hausbrand für die Stadt Graz stark veraltet bzw. nicht aktuell gewartet. Im kommenden Frühjahr erwarten wir darüber hinaus den vom Grazer Gemeinderat beauftragten Bericht der Arbeitsgruppe Stadt-Land zu Verkehrsmaßnahmen (MIV1), den wir auch im Gemeinderat diskutieren werden.

Um dem Grazer Gemeinderat eine Diskussion auf Basis fundierter aktueller Daten zu ermöglichen, stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

### **Dringlichen Antrag**

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, dass im Sinne des Motivenberichtes der Emissionskataster Graz 2001 seitens des Landes Steiermark aktualisiert werden soll.
2. Stadträtin Tina Wirnsberger wird daher beauftragt, entweder direkt oder im Wege des Umweltamtes an die zuständigen Stellen des Landes mit dem dringlichen Ersuchen um eine Aktualisierung des Emissionskatasters Graz 2001 heranzutreten.

GR HR DI Georg Topf

18.1.2018

## **A B Ä N D E R U N G S A N T R A G**

Betr.: Dringlicher Antrag der GRÜNEN betreffend  
Dringende Aktualisierung des Emissionskataster Graz 2001,  
eingebracht von GR Andrea Pavlovec-Meixner

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Namens der Gemeinderatsklubs von ÖVP und FPÖ stelle ich den

### **A n t r a g,**

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Die für Umweltbelange verantwortliche Stadträtin Tina Wirnsberger wird beauftragt, entweder direkt oder im Wege des Umweltamtes an den Umweltreferenten des Landes Steiermark bzw. an die zuständige Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, dass eine Aktualisierung des Emissionskatasters Graz 2001 beauftragt bzw. veranlasst wird.



Betreff: Eislaufplatz für den Grazer Westen



A-8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: [spoe.klub@stadt.graz.at](mailto:spoe.klub@stadt.graz.at)  
[www.graz.spoe.at](http://www.graz.spoe.at)  
DVR: 0828157

## **DRINGLICHER ANTRAG**

**an den Gemeinderat  
eingebracht von Herrn Gemeinderat Mag. Gerald Haßler  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 18. Jänner 2018**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!  
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Naherholung und „fußläufige“ Freizeitmöglichkeiten speziell für Familien und Kinder bekommen immer größere Bedeutung – auch in ganz besonderer Weise im Grazer Westen. Entstanden hier doch in den vergangenen Jahren unzählige neue Siedlungen – und der Neubauboom hält weiter an, von den Reininghausgründen bis nach Straßgang und Puntigam. Das hat zur Folge, dass die Bevölkerungszahl wächst – gleichzeitig wird aber der für die öffentliche Nutzung zur Verfügung stehende Freiraum kleiner und kleiner.

Seitdem der Kinderschilift in der Nähe von St. Martin aufgrund des Schneemangels nicht mehr angeboten wird, gibt es in den Wintermonaten im gesamten Grazer Westen kaum ein Angebot für Outdoor-Freizeitaktivitäten. Es gibt zwar einige wenige Eislaufplätze in Graz, aber leider nur von der Innenstadt ostwärts (z.B. am Karmeliterplatz, in Andritz und in Mariatrost) – und die Publikumszeiten in Liebenau sind zeitlich sehr beschränkt.

Und so blicken viele BewohnerInnen aus dem Grazer Westen ein wenig betreten-neidvoll über die Stadtgrenze nach Süden. Denn die angrenzende Gemeinde Seiersberg-Pirka bietet beispielsweise für ihre GemeindebewohnerInnen seit kurzem zu einem Tageseintrittspreis von einem Euro eine 300 m<sup>2</sup> Eislauffläche auf speziellen Kunststoffplatten an, die dem künstlichen und natürlichen Eis in Beschaffenheit und Fahrkomfort verblüffend nahe kommen, jedoch wesentlich umweltfreundlicher und kostengünstiger als Kunsteis und Kältemittel ist. Angeblich belaufen sich die Zehnjahreskosten dafür – inklusive der Schuhe, die es dafür braucht – auf knapp 140.000 Euro, das sind gerade einmal 14.000 Euro pro Jahr, die noch dazu großteils über Werbeeinnahmen finanziert werden.

Gerade in den vergangenen Wochen, während der Weihnachtsferien, wurde daher von etlichen Bewohnerinnen und Bewohnern in Puntigam, Straßgang und Wetzelsdorf die Frage gestellt: Wie kommt es, dass für knapp 11.000 EinwohnerInnen in Seiersberg-Pirka eine solch attraktive Freizeitmöglichkeit zur Verfügung steht, die 35.000 BewohnerInnen dieser drei Südwestbezirke aber nichts Vergleichbares haben? Denn Hand aufs Herz: An den Kosten sollte es nicht scheitern – allein die Holding Graz ist Großsponsor für viele Sport- und Freizeitbereiche.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

**dringlichen Antrag:**

Sportstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht zu prüfen, inwieweit es machbar ist, dass bereits in der Wintersaison 2018/2019 im Grazer Südwesten eine Eislauf-Möglichkeit zur Verfügung steht, wobei aus Umwelt- und Kostengründen insbesondere ein Projekt mit Kunststoffplatten, nach dem Vorbild der Gemeinde Seiersberg-Pirka, in die Überlegungen miteinzubeziehen ist. Dem Gemeinderat bzw. dem Sportausschuss ist spätestens bis September 2018 ein entsprechender Bericht vorzulegen.

## **Z U S A T Z A N T R A G**

eingbracht durch die Gemeinderatsklubs von ÖVP und FPÖ

Betr.: Dringlicher Antrag der SPÖ betreffend „Eislaufplatz für den Grazer Westen“, eingebracht von GR Mag. Gerald Haßler

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Namens der Gemeinderatsklubs von ÖVP und FPÖ stelle ich folgenden

### **Zusatzantrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz werden im Hinblick auf die Anzahl der errichteten bzw. in Errichtung befindlichen Wohnbauten sowie die damit verbundenen steigenden Bewohnerzahlen innerhalb der angeführten Frist ersucht, die Errichtung einer ganzjährigen, barrierefreien Kinderspielfläche für die Bezirke Wetzelsdorf und Straßgang zu prüfen.



## Dringlicher Antrag

an den Gemeinderat in der Sitzung vom 18. Januar 2017  
eingebracht von **Nikolaus Swatek**

### Betrifft: Supercomputer für Grazer Wissenschaft und Wirtschaft

Supercomputer sind die treibende Kraft bei bahnbrechenden Fortschritten und Innovationen in vielen Bereichen. Von der Wettervorhersage bis hin zur Effizienzsteigerung bei der Strom und Wasserversorgung verbessern sie unser Leben zunehmend.

Im Bereich der Medizin helfen Supercomputer bereits heute, schneller Diagnosen zu stellen und die Wirkung neuer Arzneimittel zu simulieren. Wer in der Physik, den Lebensmittelwissenschaften oder in der Materialforschung mithalten will, ist ohne sie chancenlos. Doch sind europäische Supercomputer von den USA und vor allem von Asien abgehängt worden.

Die Europäische Kommission will dies nun ändern. Letzten Donnerstag stellte sie in Brüssel ihren Plan vor, eine Infrastruktur für europäische Supercomputer zu schaffen. In das Projekt sollen bis 2020 knapp 500 Millionen Euro aus dem EU-Haushalt fließen. Ebenso viel sollen die Mitgliedsstaaten zuschießen.

Mit Investitionen in den Ausbau unserer Hochschulen und Projekten wie dem Science Tower hat Graz erste Schritte in Richtung einer Innovationshauptstadt gesetzt. Doch um Fortschritt auf universitärer, wie auch privatwirtschaftlicher Ebene voranzutreiben, braucht es eine zukunftssträchtige Infrastruktur. Ein Supercomputer der der Grazer Wissenschaft und Wirtschaft zur Verfügung steht könnte hier den bedeutenden Vorteil bringen, um Innovation in Graz voranzutreiben.

Know How zur Mitarbeit oder um einen eigenen Supercomputer in Graz zu realisieren wäre in Graz auf der TU-Graz vorhanden. Doch Österreich ist nicht Teil der European High Performance Computing Kollaboration und beteiligt sich daher nicht am Bau der von der Europäischen Kommission geförderten Supercomputer.

Im Sinne einer innovativen, zukunftsweisenden Stadt stelle ich daher den

**dringlichen Antrag,**

dass der Grazer Gemeinderat die Bundesregierung ersucht, die nötigen Schritte zu setzen, Teil der European High Performance Computing Kollaboration zu werden und sich weiters für einen Österreichischen Supercomputer in Graz einsetzt, um so Wissenschaft und Wirtschaft in Graz voranzutreiben.